



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 20.01.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1

Leitlinien zur Weiterentwicklung Konzeption
Kinder- und Jugendförderung/Umstrukturierung
Jugendförderung Ludwigsburg

Vorl.Nr. 004/10

Beratungsverlauf:

Stadtrat Dr. **Vierling** teilt vor Sitzungsbeginn den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Vorl.Nr. 021/10 an das Gremium aus.

EBM **Seigfried** ruft die Vorl.Nr. 004/10 auf und nennt im Sachzusammenhang den von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellte Antrag mit der Vorl.Nr. 021/09. Anschließend teilt er dem Gremium mit, er habe auf eine Schnellanfrage des Stadtteilausschussmitgliedes Kucher aus Poppenweiler zur Umstrukturierung Jugendförderung mitgeteilt, dass erst nach der Durchführung von entsprechenden Jugendkonferenzen und Einbeziehung der Stadtteilausschüsse über die Zukunft der jeweiligen Stadtteiltreffs entschieden werde.

Frau **Feil** (FB Bildung, Familie, Sport) stellt die Vorl.Nr. 004/10 zusammenfassend vor.

Stadtrat **Meyer** merkt an, er sehe einige negative Punkte bei Betrachtung der Konsequenzen einer Umsetzung der vorgestellten Leitlinien. So beispielsweise eine starke Zentralisierung der Jugendförderung zum Nachteil der Stadtteile. Einwohner aus Stadtteilen hätten bereits grundsätzliche Bedenken geäußert, weil teilweise bereits in anderen Bereichen wie Bücherei zentralisiert worden sei. Ein Beschluss über die Vorl.Nr. 004/09 in der heutigen Sitzung hätte bereits richtungweisenden Charakter, was man ohne vorherige Anhörung der Stadtteilausschüsse nicht wolle. Er bemängelt, dass über die finanziellen Auswirkungen einer Umstrukturierung der Jugendförderung keine Informationen vorliegen würden. Auch hinsichtlich des Einsatzes von Honorarkräften, Öffnungszeiten und Kontinuität bestehe noch Informationsbedarf. Als weitere Vorgehensweise schlägt er vor, die eingebrachten Leitlinien in Jugendkonferenzen und in den Stadtteilausschüssen zu erörtern, anschließend über die dabei gewonnen Erkenntnisse im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zu diskutieren und über die Leitlinien zu beschließen.

Stadtrat von **Stackelberg** stellt fest, die Oststadt sei in der Konzeption Kinder- und Jugendförderung unterrepräsentiert. Außer der Schulsozialarbeit gebe es dort nur wenig Angebote für Jugendliche. Im Hinblick auf die sehr unterschiedliche Entwicklung der Wohngebiete rechts und links der Friedrichstraße, vermute er hier starke Bedarfe. Höheren Bedarf als geplant, prognostiziere er auch für die Innenstadt beim Schulcampus. Bezüglich des Angebotes der Jugendförderung in Oßweil, das nur selten in Anspruch genommen wurde, regt er an, die Gründe hierfür zu analysieren. Zu Punkt IV Nr. 1 der Vorl.Nr. 004/10 äußert er sich positiv. Er schlägt vor, die Zielgruppe nicht nur auf Hauptschüler zu begrenzen, sondern hier Schüler aus unterschiedlichen Schultypen zusammen zu bringen.

Stadträtin **Moersch** steht einer Konzentration der Jugendarbeit auf die vier genannten Standorte positiv gegenüber. Sie äußert gleichzeitig Bedenken, dass die Stadtteile aus dem Blickpunkt rücken würden und wünscht eine Übersicht, weshalb die bestehenden Angebote in Teilen nicht entsprechend angenommen worden seien. Als wichtigen Punkt sehe sie die Vernetzung mit schulischen und außerschulischen Partnern, Emigranten- und Sportvereinen in der Jugendförderung, der bei einer Überarbeitung der Vorlage einbezogen werden solle.

Stadtrat Dr. **Vierling** erläutert die Begründung des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Vorl.Nr. 021/10. Die Leitlinien beinhalteten teilweise bereits konzeptionelle und detaillierte Punkte. Er wehre sich gegen eine inhaltliche Vorfestlegung zum derzeitigen Zeitpunkt und bekräftigt seine Forderung die Leitlinien unter Einbeziehung der in Vorl.Nr. 021/10 genannter Punkt zu überarbeiten.

Stadtrat **Heer** befürwortet in der heutigen Sitzung über den Beschlussvorschlag abzustimmen. Er sehe den Bedarf und in der Vorl.Nr. 004/10 die Chance die Kinder- und Jugendförderung neu zu strukturieren. Bei einer entsprechenden Koordination und Vernetzung der verschiedenen Angebote und Anbieter könne eine größere Effizienz des vorhandenen Angebotes erzielt werden. Die nur mittelbare Konzentration der Kinder- und Jugendförderung auf Jugendliche im Alter von über 18 Jahren betreffe häufig Arbeitslose. Für diesen Personenkreis gebe es wiederum andere Angebote. Die FDP unterstütze die Vorlage, und er gehe davon aus, dass der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales, sowie die Stadtteilausschüsse, die einbezogen werden müssten, laufend über die Entwicklung der Umsetzung unterrichtet werden.

Stadträtin **Lange** vermisst in den Leitlinien die Förderung der 6-12 Jährigen und sieht sich deshalb nicht in der Lage der Vorl.Nr. 004/09 zuzustimmen.

Stadtrat Dr. **Bohn** befürwortet die bedarfsgerechte Konzentration der Kinder- und Jugendförderung auf die angeführten Standorte unter fachlichen und finanziellen Gesichtspunkten. Er sehe die Leitlinien als ständigen Prozess und nicht als starren Plan. Entwickelten sich neue Brennpunkte im Stadtgebiet müsse man die Leitlinien hinterfragen und entsprechend korrigieren. Der Dialog mit den Stadtteilausschüssen und den aktiv Beteiligten in den Stadtteilen sei unerlässlich. So verstehe er auch den Auftrag an die Verwaltung in der Beschlussvorlage und könne dieser in der aktuellen Fassung zustimmen.

EBM **Seigfried** erläutert, es seien nicht nur Veränderungen im Verhalten der Jugendlichen, sondern auch in der verbandlichen und professionellen Jugendhilfe zu beobachten. Die Verwaltung schlage mit der Vorl.Nr. 004/10 vor, auf diese Veränderungen zu reagieren. Mit der Kinder- und Jugendförderung wolle man zwei Zielgruppen erreichen, nämlich ungebundene Jugendliche im Alter von 12-15 Jahren, die ohne sozialen Anschluss sind und benachteiligte Jugendliche in sozialen Stadtgebieten und der Innenstadt. In diesen Gebieten wolle man weitere Angebote platzieren. Der Einsatz des hauptamtlichen Personals wolle man auf die Standorte in der Innenstadt konzentrieren, weil dort die meisten Jugendlichen und ein Großteil der beschriebenen Zielgruppe anzutreffen sei.

Stadtrat **Glasbrenner** unterscheidet begrifflich zwischen Leitlinien und Richtlinien und schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Stadträtin **Klett-Heuchert** führt an, um eine Entscheidung über die erwartete Vernetzung mit der Schulsozialarbeit treffen zu können, sei eine konkrete Aufgabenbeschreibung der offenen Jugendarbeit notwendig.

Stadtrat **Meyer** wünscht eine konkretere Ausführung über den geplanten Einsatz und die Kombination von Vollzeit- und Honorarkräften in den Ortsteilen und der Innenstadt.

EBM **Seigfried** schlägt vor in der heutigen Sitzung über die Vorl.Nr. 004/10 nicht abzustimmen. Im nächsten Schritt, wolle die Verwaltung auf Basis der grundlegenden Leitlinien Gespräche mit

den Stadtteilen führen. Anschließend solle im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales mit den Ergebnissen und unter Berücksichtigung der heute angesprochenen Fragen und Gesichtspunkte eine überarbeitete Konzeption vorgestellt werden.

Das Gremium folgt dieser Vorgehensweise mehrheitlich.

TOP 1.1 **Kinder- und Jugendförderung** Vorl.Nr. 021/10
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20.01.2010

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 1.

TOP 2 **Bericht Schulsozialarbeit** Vorl.Nr. 521/09

Beratungsverlauf:

Vor Beginn der Beratung des Tagesordnungspunktes 2 wird den Stadträten die Tätigkeitsberichte über die Schulsozialarbeit der Friedrich-von-Keller-Schule in Neckarweihingen und der Hirschberg- und Eberhard-Ludwig-Schule in Eglosheim für 2008/09 ausgeteilt.

EBM **Seigfried** führt an, bei der Vorl.Nr. 521/09 handle es sich um einen Statusbericht mit Blick auf anstehende Veränderungen im BZW, sowie der Kinder- und Jugendförderung an den Schulen in der Innenstadt, insbesondere an der Elly-Heuss-Knapp-Realschule.

Stadträtin **Kopf** lobt die Vorl.Nr. 521/09 und hebt die neue Entwicklung in der Qualität der Schulsozialarbeit hervor. Die Schulsozialarbeit sei professionell und mit den vorliegenden Berichten vergleichbar geworden. Man befürworte, dass der Personaleinsatz im BZW erhöht werden solle und auch die Einbeziehung der Elly-Heuss-Knapp-Realschule.

Stadtrat von **Stackelberg** regt an, hinsichtlich der Veränderung der Schülerströme in der Innenstadt die Ausstattung und den Personaleinsatz der Schulsozialarbeit im Auge zu behalten und nach Bedarf anzugleichen.

Stadträtin **Moersch** bedankt sich für die großen Leistungen in der Schulsozialarbeit. Allerdings sehe sie Schulsozialarbeit als Landesaufgabe. Dies bedeute, dass an allen Schulen Schulsozialarbeit durch Landesmittel finanziert stattfinden sollte.

Stadträtin **Steinwand** bedauert die Reduzierung des Personaleinsatzes an der Silcherschule und sieht dort Bedarf längerer Betreuungszeiten. Sie bittet dies im Fokus zu behalten.

Stadtrat **Heer** hebt die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit hervor. Die Schulsozialarbeit sei eine Leistung für Schüler, Lehrer und Eltern und leiste Sozialarbeit über das Maß hinaus, was eine Schule leisten könne.

Stadträtin **Lange** äußert sich positiv zur Vorl.Nr. 521/09 und betont Schulsozialarbeit leiste Hilfe zur Selbsthilfe durch Richtlinien und Werkzeuge. In diesem Zusammenhang nennt sie beispielhaft die Einführung von Streitschlichtern, Klassenräten und die Aufarbeitung von mobbing. Dadurch werde wiederum das Selbstwertgefühl der Schüler gesteigert.

EBM **Seigfried** teilt mit, dass bisher nur an Förder- und Hauptschulen Schulsozialarbeit geleistet werde, nun auch an der Eichendorffschule in Grünbühl als einzige Grundschule. Dort würden die Kosten für die Schulsozialarbeit allerdings aus den Mitteln des Programms soziale Stadt gedeckt und dieses Programm laufe Ende 2010 aus.

TOP 3

**Bericht über die Entwicklung des Fonds
"Jugend, Bildung, Zukunft" im Jahr 2009
(Jahresbericht).**

Vorl.Nr. 638/09

Beratungsverlauf:

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) fasst die Entwicklung des Fonds „Jugend, Bildung, Zukunft“ im Jahr 2009 zusammen. Der Kapitalstock sei bei zunehmender Förderung 2009 gehalten worden. Die Premiumpartner Volksbank Ludwigsburg und Steuerberatungskanzlei Bosser-Meyer hätten weiterhin ihre Unterstützung zugesagt. 2009 seien im Wesentlichen die 6 Kinder- und Familienzentren, 5 Kindertagesstätten und 6 Schulen, die schwerpunktmäßig Musik, Sport und Bewegung in ihrem Profil haben, unterstützt worden.

Die Stadträte Dr. **Bohn**, **Lange** und **Heer** danken den Premiumpartnern für ihre Unterstützung.

Stadtrat **Kromer** bedauert, dass nicht mehr Partner den Fond unterstützen.

EBM **Seigfried** stimmt dem zu und erläutert, die Verwaltung sei in Gesprächen mit potentiellen Partnern. Allerdings stelle die Verpflichtung den Fond über einen Zeitraum von 3 Jahren zu unterstützen, oft ein Hinderungsgrund dar.

Dr. **Bohn** regt an durch mehr Werbung Premiumpartner für den Fond zu gewinnen oder Einzelspenden zu erhalten.

Die Stadträte **Kirnbauer** und **Heer** fordern die Erhaltung des finanziellen Grundstocks von 430.000,-€.

TOP 4

**Förderung der Streicherklasse an der August-
Lämmle-Schule durch den Fonds Jugend,
Bildung, Zukunft/Antrag auf Förderung
abweichend von den Förderrichtlinien**

Vorl.Nr. 003/10

Abweichender Beschluss:

Die August-Lämmle-Schule erhält abweichend von den Förderrichtlinien für seine Streicherklasse im Schuljahr 2009/2010 aus dem Fonds Jugend, Bildung, Zukunft Mittel in Höhe von 1.350,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** ruft die Vorl.Nr. 003/10 auf und teilt mit, dass das Projekt Streicherklasse an der August-Lämmle-Schule nicht den Förderrichtlinien des Fonds Jugend, Bildung, Zukunft entspreche.

Stadtrat **Kromer** führt aus, seine Fraktion habe die Vorl.Nr. 003/10 ausführlich und kontrovers diskutiert. Nach Abwägung der Argumente finanzielle Lage des Haushaltes und Inhalt der Förderrichtlinien sowie der pädagogischen Bedeutung des Projektes für die Bildung und Zukunft der Grundschulkinder, habe sie sich mehrheitlich für die Alternative 1 der Beschlussvorlage ausgesprochen. Er weise darauf hin, dass dies eine einmalige Einzelfallentscheidung sei und keinen Rechtsanspruch Dritter auf eine analoge Entscheidung begründe.

Stadtrat Dr. **Bohn** spricht sich gegen eine Förderung des Projektes aus. Es widerspreche den bestehenden Förderrichtlinien und man wolle keinen Präzedenzfall schaffen. Ferner seien die förderungsfähigen Kosten in Höhe von 2.720,-€ durch die Elternbeiträge bereits finanziert. Das Projekt sei daher nicht gefährdet. Es stelle sich andererseits die Frage, ob die Jugendmusikschule grundsätzlichen Finanzierungsbedarf habe. Ziel sei es, dass die Jugendmusikschule auch an anderen Schulen vergleichbare Kurse anbiete und auch deshalb keine Ausnahmeregelung möglich sei.

Stadtrat **Glasbrenner** teilt mit, er stimme der Alternative 2 zu. Er begründet dies mit den in den Richtlinien festgesetzten förderfähigen Beträgen pro Unterrichtsstunde. Man könne die Richtlinien nicht durch einen Einzelbeschluss aushebeln. Andernfalls müssten die Richtlinien grundsätzlich überprüft werden.

Stadtrat Dr. **Vierling** bittet um eine Darstellung, inwieweit die Jugendmusikschule an anderen Jugendbegleiterprogrammen und an welchen Schulen aktiv mitwirke. Er sehe wie die beiden Fraktionen SPD und FW keine rationale Rechtfertigung einer Ausnahmeregelung dieses Projektes und die Gefahr einer Präzedenzwirkung. Gleichzeitig vermisse er in der Vorl.Nr. 003/10 einen Beschlussvorschlag von der Verwaltung. Ferner wünsche er nähere Erläuterungen zu einer Erhöhung des Stundensatzes von 2 Stunden/Woche auf 3,33 Stunden/Woche.

Stadtrat **Heer** teilt mit, aus seiner Sicht entspräche das Projekt nicht den Förderrichtlinien des Fonds, weil das Projekt bereits begonnen habe und die Zusammensetzung der Elternbeiträge nicht aufgeschlüsselt sei. Es entstehe der Eindruck, dass die Stadt die Ausfallgebühren übernehmen solle.

EBM **Seigfried** erläutert, das Projekt Streicherklasse sei grundsätzlich förderfähig und geht kurz auf den bisherigen Verfahrensablauf ein. Es stelle sich die Grundsatzfrage, ob sich der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales in diesem Fall richtlinienkonform entscheiden wolle, oder nicht.

Herr **Karsch** (Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V.) nimmt Stellung zur Notwendigkeit der kalkulatorischen Kosten in Höhe von 500,-€. Es seien 20 Kinder angemeldet, die seit Beginn bei der Streicherklasse mitmachen würden. Käme es im Laufe der Zeit zu mehreren Kündigungen, wäre das Projekt unterfinanziert. Dies über einen höheren Elternbeitrag der verbliebenen Schüler auszugleichen, sei nicht zumutbar. Vielleicht könne die Streicherklasse mit einem Grundbetrag

durch den Fonds gefördert werden.

Stadträtin **Moersch** glaubt, dass eine Förderung der Streicherklasse durch den Fond auch von den Premiumpartnern gut geheißen werden würde. Der Fond sei gerade für solche Projekte wie die Streicherklasse geschaffen worden.

Stadtrat Dr. **Bohn** bittet bei der Vorstellung des Jahresberichtes der Jugendmusikschule im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales darzustellen, weshalb 34,-€ pro Schulstunde nicht kostendeckend seien.

Stadträtin **Steinwand** spricht sich hinsichtlich der politischen Zielsetzung, jedem Kind innerhalb des Unterrichts das Erlernen eines Instrumentes zu ermöglichen für die Alternative 1 der Beschlussvorlage aus.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Alternative 1 der Vorl.Nr. 003/10 zur Abstimmung.

TOP 5

DRK Kreisverband Ludwigsburg e.V.
- Zuschuss für die Gemeinwesenarbeit
Sonnenberg / Grünbühl
- Abschluss einer Leistungsvereinbarung

Vorl.Nr. 005/10

Beschluss:

- 1.) Das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Ludwigsburg e.V., erhält für gemeinwesenorientierte Sozialarbeit Sonnenberg/Grünbühl im Jahr 2009 einen Zuschuss in Höhe von 77.200 Euro.

Bis März 2010 sind ein Verwendungsnachweis in Form eines Auszugs aus der Jahresrechnung und ein Tätigkeitsbericht für das Jahr 2009 vorzulegen.

- 2.) Für das Jahr 2010 erhält das DRK eine Abschlagszahlung (30.000 €) vorbehaltlich des Haushaltsübertrages bei Finanzposition 1.4601.7040.000 in Höhe von 30.000 € aus dem Jahr 2009.

- 3.) Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem DRK eine neue Leistungsvereinbarung ab 2011 abzuschließen. Diese Leistungsvereinbarung soll auf der Basis einer 100%-Personalstelle erfolgen und die zukünftige Mitarbeit im Mehrgenerationenhaus definieren.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Schwytz

Beratungsverlauf:

Das Gremium verzichtet auf einen Sachvortrag.

Stadträtin **Klett-Heuchert** bittet die Verwaltung bei der Erarbeitung einer neuen Leistungsvereinbarung den Begriff Gemeinwesenarbeit inhaltlich zu definieren.

Stadträtin **Lange** merkt an, sie habe die Vorl.Nr. 005/10 zwei Tage vor der heutigen Sitzung erhalten und bittet künftig die Vorlagen früher zu erhalten.

Auf Nachfrage von Stadtrat Kirnbauer erläutert Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) die Punkte 1 und 2 der Beschlussvorlage. Das DRK erhalte jährlich einen Zuschuss in Höhe von 77.200,-€. Im Jahr 2009 seien davon lediglich 47.000,-€ an das DRK ausbezahlt worden. Die übrigen 30.200,-€ sollen als Haushaltsrest in das Jahr 2010 übertragen werden. Im Haushaltsplan 2010 seien wiederum 77.200,-€ veranschlagt, plus dem Haushaltsrest aus 2009 von 30.200,-€. Im Jahr 2010 komme es vorbehaltlich der entsprechenden Nachweise und Genehmigung des Haushaltes 2010 zu einer Auszahlung von insgesamt 107.200,-€ an das DRK.

Anschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 005/10 im Gesamten zur Abstimmung.

TOP 6 **Bericht des Deutschen Kinderschutzbundes zum
Projekt "Hallo Baby-Tasche"
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Frau **Haas** (Deutscher Kinderschutzbund, Orts- und Kreisverband Ludwigsburg) berichtet über das Projekt und Neugeborenen-Besuchsmodell „Wie schön, dass du geboren bist“ des Kinderschutzbundes Ludwigsburg. Das Projekt zeichne sich durch die Hausbesuche bei Familien mit Neugeborenen und persönlicher Begrüßung durch eine Mitarbeiterin des Kinderschutzbundes, das Überreichen der „Hallo-Baby-Tasche“ mit Produktgeschenken, Informationsmaterial und einem persönlichen Anschreiben, sowie der Vermittlung verschiedener Angebote anderer Träger oder Behörden aus. Als Projektschwerpunkt sei der Zugang zu Migrationsfamilien, insbesondere mit türkischer Nationalität zu sehen. Frau Serap Balles, eine türkische Mitarbeiterin übernehme aufgrund häufiger Sprachbarrieren auch Dolmetscherfunktionen. Frau Haas hebt hervor, dass durch das im Gespräch gewonnene Vertrauen der Eltern zur Mitarbeiterin des Kinderschutzbundes mögliche Hilfsangebote erst bekannt und angenommen werden. Insbesondere sei auch die stärkere Netzwerkarbeit zwischen dem Kinderschutzbund, den freien Trägern und verschiedener Behörden zu nennen, die ein wichtiger Beitrag zur Aufklärung und präventiven Kinderschutzarbeit darstelle. Anschließend beantwortet Frau Haas Fragen aus dem Gremium wie die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und die Akzeptanz des Projektes in den Migrationsfamilien.

Das Gremium äußert sich positiv zu dem Projekt und befürwortet seine Fortführung.

EBM **Seigfried** teilt mit, es handle sich um ein über Spenden finanziertes Projekt. Die Stadt Ludwigsburg könne sich nicht an dem Projekt beteiligen, gleichwohl habe er sich in mehreren Gesprächen an zuständiger Stelle dafür ausgesprochen, dieses Projekt als einen Baustein in das Hilfefkonzept des Landkreises zu integrieren.

Frau **Haas** teilt zum Schluss eine schriftliche Zusammenfassung ihres Berichtes an die Stadträte aus.